

Der rot-grüne Weg für Wandsbek

**Vereinbarung
über eine Zusammenarbeit
in der Bezirksversammlung Wandsbek
für den Zeitraum 2014 – 2019**

zwischen der

**Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
(SPD)
Kreis Wandsbek
und**

**Bündnis 90 / Die Grünen (Grüne)
Kreisverband Wandsbek**

Die Wandsbeker Politik steht in den kommenden fünf Jahren vor großen Herausforderungen, die die beiden Parteien mit gemeinsamer Kraft und Anstrengung bewältigen wollen. Als einwohnerstärkster und flächenmäßig sehr großer Bezirk kommt Wandsbek eine wichtige Rolle beim weiterhin dringend notwendigen Bau von mehr Wohnungen zu. Auch ist in den kommenden Jahren mit weiter steigenden Flüchtlingszahlen zu rechnen, für die weitere Unterbringungen geschaffen werden müssen. Auf die vorhandenen Flächen des Bezirkes, die für immer mehr Menschen sowohl für den Wohnungsbau, für soziale Zwecke, für Sport, Freizeit und Naherholung dienen müssen, wird also der Druck von allen Seiten steigen. Gleichzeitig muss der notwendige Naturerhalt gewährleistet werden. Aufgabe der rot-grünen Koalition wird es sein, jede Fläche so gut zu nutzen, dass der bestmögliche Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bedarfen geschaffen wird. Dieses wollen wir im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erreichen.

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, wird es nicht ausreichen, nur einzelne Flächen zu betrachten. Die Koalitionspartner wollen deshalb einen **Leitbildprozess** initiieren, in dem zu wichtigen Themenkomplexen wie z.B. Wohnen, sozialen Strukturen und Umwelt allgemein akzeptierte Leitlinien für ein zukünftiges Leitbild entwickelt werden.

Hierfür sollen aufbauend auf schon vorliegenden Studien, wie z.B. dem WandsbekImpuls, Potentialräume analysiert und Entwicklungsmöglichkeiten **in möglichst breiten Beteiligungsprozessen** mit der örtlichen Bevölkerung diskutiert werden, um eine Grundlage für die städtebauliche Entwicklung zu schaffen.

Die Partner wollen mit einem **Wandsbeker Wohnungsbauprogramm** der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegentreten und zugleich die städtebaulichen Situationen und deren ökologische Qualität verbessern. Hierbei sollen die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig in die Planung einbezogen und mit ihnen ein fortlaufender Dialog gesucht werden. Neue Instrumente wie Bürgerforen und Planungswerkstätten sollen erprobt werden. Konflikte zwischen Bürgern, Investoren und Verwaltung sollen in einem offenen, transparenten Prozess gelöst werden.

Das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Bebauung und den ökologischen Belangen muss in einer transparenten Abwägung aufgelöst werden, die die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, des Wasser- und Lärmschutzes und der Erhaltung eines ökologisch funktionsfähigen Landschaftsbildes einbezieht. Hierzu gehört auch die Wahrung des ortstypischen Siedlungscharakters.

Die zweite große Herausforderung wird in den kommenden fünf Jahren darin bestehen, die **vorhandene soziale und verkehrliche Infrastruktur den neuen Bedingungen anzupassen** und zu modernisieren. Dieses wird angesichts der Schuldenbremse und den damit verbundenen knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen keine leichte Aufgabe. SPD und GRÜNE werden diese Aufgabe jedoch mit Kreativität und Flexibilität angehen und dabei alle gesellschaftlichen Kräfte bündeln, um die bestmöglichen Lösungen für Wandsbek zu finden.

Starke Bezirke – auch in Zeiten der Schuldenbremse

Die Koalitionspartner treten für eine weitere **Stärkung der Bezirke** im Rahmen des derzeitigen verfassungsrechtlichen Rahmens ein. Die Einheit von Land und Gemeinde hat sich im Umgang mit den Herausforderungen einer modernen Metropole grundsätzlich bewährt. Dabei dürfen die Eingriffsinstrumente insbesondere des Senats gegenüber den Bezirken nur behutsam und nach sorgfältiger Abwägung eingesetzt werden. Die Evokation soll und muss

die absolute Ausnahme bleiben, um die bezirkliche Demokratie nicht zu gefährden; der Senat sollte in derartigen Fällen die Bürgerschaft unterrichten, um eine demokratische Rückkoppelung zu ermöglichen.

Die **Stadtteilarbeit** der Bezirke ist für Hamburg aus Sicht der Koalitionspartner **unverzichtbar**. Ihren Aufgaben ist auch finanziell besonders Rechnung zu tragen. Die Steigerungsrate der Bezirksbudgets muss weiter über der allgemeinen Steigerungsrate des Haushalts liegen. Auf die personell teilweise schwierige Situation in den Bezirken ist Rücksicht zu nehmen.

Stadtteil- und Quartiersbeiräte sowie ähnlich fest institutionalisierte Gremien sind wichtiger Bestandteil einer besseren bezirklichen Beteiligung. Die Koalitionspartner werden in den Stadtteilen, in denen zukünftig die RISE-Förderprogramme auslaufen, eine angemessene Finanzierung der Stadtteilarbeit gewährleisten - z.B. durch Verfügungsfonds, finanziert wie bei den o.g. Quartiersfonds.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die Finanzmittel, die im Vertrag für Hamburg für **Planungs- und Bürgerbeteiligungsprozesse** vorgesehen sind, auch weiterhin gesichert bleiben und flexibel für die Bezirke abrufbar sein müssen, damit der Wohnungsbau und die Stadtteilentwicklung auch gemeinsam vor Ort gestaltet werden können. Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an wichtigen bezirklichen Entscheidungen, z.B. durch **Beteiligungswerkstätten**, werden wir weiter ausbauen.

Politische Programme und Gesetzgebungsvorhaben auf Landesebene sollen nach dem Willen der Koalitionspartner stärker unter Beachtung der Auswirkungen auf die Durchführungsebene in den Bezirken beraten werden. Es wäre sinnvoll, wenn der Senat in bürgerschaftliche Beratungen zu Vorlagen, die die Bezirke in ihrer Umsetzung betreffen, auch die jeweils von den Beratungsgegenständen örtlich oder fachliche betroffenen Bezirksamtsleitungen als weitere Senatsvertreter entsendete.

Die bislang durchgeführte Entflechtung und Übertragung von Durchführungsaufgaben auf die Bezirksämter hat zu der erforderlichen Sortierung und Glättung in einer ganzen Reihe von Einzelfragen geführt. Die Entflechtungsansätze sind fortzusetzen – müssen für eine erfolgreiche Umsetzung aber mit einer entsprechenden **Übertragung der Personal- und Sachressourcen aus den Fachbehörden** einhergehen.

Im Bereich der **Haushaltssteuerung** treten die Koalitionspartner dafür ein, das neue Haushaltswesen bezirksfreundlich anzuwenden und weiterzuentwickeln. Die Bezirksämter und Bezirksversammlungen müssen in ihrer Haushaltsverantwortung gestärkt und dürfen nicht geschwächt werden.

Das von den Bürgerschaftsfraktionen beider Koalitionspartner auf Landesebene mitverabschiedete **Transparenzgesetz** wird für eine stärkere Transparenz auch der Wandsbeker Bezirksverwaltung sorgen. Das **Informationsregister** – als zentrale Plattform auch gespeist aus Wandsbeker Inhalten - wird im Oktober 2014 an den Start gehen und in wichtigen kommunalpolitischen Fragen (von der Haushalts- bis zur Bauplanung) für noch mehr Transparenz sorgen. Die Koalitionspartner werden dafür Sorge tragen, dass sich Bezirksamt und Bezirksversammlung in diesen Prozess weiter aktiv einbringen – damit auch dem öffentlichen Interesse an Inhalten aus der Wandsbeker Bezirksverwaltung angemessen Rechnung getragen wird.

Die Koalitionspartner unterstützen das Bezirksamt und die Bezirksamtsleitung dabei, ihren Modernisierungskurs – z.B. mit dem Projekt "Bezirksverwaltung 2020" - grundsätzlich selbst zu steuern. Auch das ist bezirkliche Demokratie, dass solche Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Die Koalitionspartner erkennen die Leistung der **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes** angesichts der stetig gestiegenen Anforderungen und der engen personellen Ausstattung der Bezirksverwaltung an. Sie würdigen das ständige Bemühen, die Abläufe dahingehend zu optimieren, dass trotz personeller Engpässe keine Verluste in den Serviceleistungen für die Wandsbeker Bürgerinnen und Bürger zu spüren sind. Diese Bemühungen wollen die Koalitionspartner wo möglich fördern und die MitarbeiterInnen unterstützen - beispielsweise durch geschlechtergerechte Personalförderung in der Verwaltung und durch ein Vielfaltsmanagement.

Starke Bezirksversammlungen – gerade angesichts separater Bezirkswahl

Das Ernstnehmen und die Stärkung der bezirklichen Gremien bleiben gerade angesichts der nunmehr separaten Bezirkswahl Kernaufgaben für die Bezirkspolitik in Hamburg.

Gegenüber der Bürgerschaft setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass die vor den Bezirksversammlungen aufgelegte **Informationskampagne der Bürgerschaft zur Arbeit der Bezirksversammlungen** fortgeführt und verstetigt wird. Vor dem Hintergrund der von den Wahlen zur Bürgerschaft losgelösten Bezirksversammlungen muss es im parteiübergreifenden Interesse der gesamten Landespolitik sein, die Hamburger Bevölkerung permanent über die Aufgaben der Bezirksversammlung und deren Wichtigkeit zu informieren.

Die Koalitionspartner treten dafür ein, dass die Einflussnahme aller Bezirksversammlungen auf die **zentralisierte bezirkliche Aufgabenwahrnehmung** besser als bisher sichergestellt wird (Bsp.: Hilfen nach dem Betreuungsgesetz, Sportstättenmanagement).

Fachanweisungen der Behörden sollen nach dem Willen der Koalitionspartner zukünftig nicht nur im Einvernehmen mit den Bezirksamtsleitungen, sondern grundsätzlich auch unter angemessener Beteiligung der Bezirksversammlungen erlassen werden dürfen, auch um die Fachbehörden in einen regelmäßigeren Dialog mit den Bezirksversammlungen zu bringen.

Die Koalitionspartner treten für eine maßvolle **Erweiterung und Stärkung der Antrags- und Anhörungsrechte der Bezirksversammlungen** gegenüber den Fachbehörden ein:

- Bei Standortfragen: Wegfall des beschränkenden Katalogs, Etablierung eines allgemeinen Rechts auf Anhörung bei Standorten mit örtlicher Bedeutung.
- Gesetzliche Klarstellung, dass die Anhörung zwingende Voraussetzung einer Entscheidung ist, außer bei Gefahr im Verzug.
- Verpflichtung der Fachbehörden, Vertreter in die Bezirksversammlung zu entsenden bei für den Bezirk bedeutsamen Vorhaben.

Im Hinblick auf eine **Evaluation und nochmalige Weiterentwicklung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid** sind die **Koalitionspartner** gesprächsbereit; diskussionswürdig sind sowohl eine verbindliche und längere Bindungswirkung des Bürgerentscheids für die Bezirksebene in Verbindung mit einem maßvollen Quorum, als auch sog. Bezirksreferenden.

Es soll geprüft werden, wie die Möglichkeit der Eingabe auch im Sinne von **Online-Petitionen** weiterentwickelt werden kann. In einem ersten Schritt wollen wir die Online-Eingabe nach dem Vorbild des erfolgreichen Wandsbeker Online-Wegewarts ermöglichen.

SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE STADTPLANUNG

Die Stadtteile und ihre Menschen, aber auch das Zusammenwirken aller Stadtteile in Wandsbek stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Es gilt, die Grundlagen für eine positive Entwicklung mit vitalen Stadtteilen zu schaffen. Dabei muss die Stadtplanung die Schwächen und Stärken der Wandsbeker Ortsteile berücksichtigen.

Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung müssen sowohl ökologische, ökonomische als auch soziale Belange berücksichtigt werden.

Stadtplanung für die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek heißt für die SPD und Die Grünen:

- den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken;
- attraktiven und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen;
- innerstädtische Verdichtung der Bebauung von Grünflächen in den Randbereichen vorzuziehen;
- Flächen schonend und ökologisch zu bebauen;
- Flächen für Freizeit und Sport, soziale Einrichtungen, Parks und Grünanlagen bereitzustellen;
- besonders Planungen, die für das Umfeld prägend sind, in Beteiligungsprozesse, die über die Vorgaben des Baugesetzbuches hinausgehen, einzubetten.

Zahlreiche Bebauungsplanverfahren wurden seit dem Beginn der rot-grünen Koalition 2011 gestartet. Der Bezirk konnte seine Zusagen aus dem Vertrag für Hamburg sogar übertreffen. Der **Wohnungsbau wird weiter ein zentrales Thema** bleiben. SPD und Grüne werden sich auch in den kommenden Jahren mit großer Leidenschaft dafür einsetzen, dass das Wohnen in Hamburg bezahlbar bleibt und dabei ökologisch und klimafreundlicher wird.

Die rot-grüne Koalition setzt sich mit Nachdruck für die fortlaufende Aktivierung der im Wandsbeker Wohnungsbauprogramm aufgezeigten Potentiale sowie die Einleitung oder Fortführung der im Arbeitsprogramm der Bebauungsplanung gelisteten Planverfahren ein. Wir werden dafür sorgen, dass der Bezirk Wandsbek die im Vertrag für Hamburg mit dem Senat vereinbarte Anzahl von **1.100 jährlich genehmigten Wohnungen** weiterhin erreicht.

In Wandsbek wird Bebauungsplanverfahren, die dem Wohnungsneubau dienen, Vorrang eingeräumt.

Neue Wohnungen sollen insbesondere durch **Nachverdichtungen**, die Umnutzung von brach liegenden Gewerbe- zu Wohnbebauungsflächen, die Verbindung von Wohnen und Gewerbe sowie die Nutzung von Konversionsflächen ermöglicht werden. Neben der **Revitalisierung von Gewerbebrachen** ist dabei auch die einvernehmliche Verlagerung von Gewerbe eine anzuwendende Option. Verlagerungen sollen dabei vorrangig durch die Verdichtung bestehender Gewerbegebiete realisiert werden.

Der „**Mittelstandsgürtel**“ in der Mitte des Bezirks von Bramfeld über Farmsen-Berne bis Rahlstedt muss neben den bekannten Gebieten sozialer Stadterneuerung weiter in das Zentrum bezirklichen Handelns rücken. Hier wird sich entscheiden, ob und wie sich der „instabile Riese“ Wandsbek im Gleichgewicht halten lässt.

Die folgenden Projekte sollen vordringlich verfolgt werden:

- eine schnellstmögliche Erschließung und Baurealisierung im neuen Wohngebiet „**Jenfelder Au**“ unter Berücksichtigung der Marktgängigkeit der einzelnen Wohnungsbauabschnitte und Beibehaltung des städtebaulich und energetisch hochwertigen Konzepts;
- der Fortgang der Planungen und die Umsetzung von Projekten auf den nicht mehr benötigten **Flächen ehemaliger öffentlicher Einrichtungen** am Elfsaal (Jenfeld), im Bereich der August-Krogmann-Straße (Farmesen-Berne) und der Flughafenstraße (Hummelsbüttel);
- die Weiterentwicklung **Eilbeks und des Stadtteils Wandsbek** (behutsame Nachverdichtung und Aufwertung des Quartiers): Die Lage dieser Stadtteile und die hervorragende Anbindung durch Busse, U- und S-Bahn prädestinieren sie für weitere Überlegungen zu einer maßvollen Nachverdichtung;
- eine Bebauung mit ca. 60 Wohneinheiten am **Buchenkamp**. Für sie soll anhand der Empfehlungen eines Gutachtens aufgegeben werden, wo und wie ein baulicher Eingriff unter Einbeziehung der im Gutachten gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der ökologischen Schutzwürdigkeit vertretbar ist. Die Fortführung der Bürgerbeteiligung durch den Bezirk ist uns dabei sehr wichtig;
- die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens am **Bredenbekkamp** auf der Grundlage der in öffentlichen Planungsworkshops erarbeiteten Bebauungsvariante zur Schaffung einer ökologisch ausgerichteten Wohnsiedlung mit ca. 70 Wohnungen;
- eine Wohnbebauung auf der **Dreiecksfläche an der Papenstraße** (Bebauungsplan Eilbek 15), die den Bedürfnissen einer familienfreundlichen Stadtplanung entspricht. Dabei sollen Ausgleichsauflagen und Kompensationen sowie bezirkliche Mittel eine Neugestaltung der Flächen im und unterhalb des südlichen Eingangsbereichs des Jacobi-Parks ermöglichen. Die Anordnung des Baukörpers soll so erfolgen, dass dabei die größtmögliche Anzahl an Bäumen erhalten wird;
- attraktiver Wohnungsbau im **Zentrum von Bramfeld**: Sowohl am Dorfplatz als auch zwischen Leeschenblick und Bramfelder Chaussee;
- die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens für einen Neubau des Einkaufstreffs am **Spitzbergenweg** in Verbindung mit der Schaffung von ca. 120 Wohneinheiten. Mindestens 30 Prozent der Wohnungen sollen öffentlich gefördert sein. Zum Spitzbergenweg hin sollen die Geschosse der Gebäude gestaffelt ausgeführt sein, um den städtebaulichen Sprung im Übergang zur Wohnbebauung des angrenzenden Plangebietes zu harmonisieren;
- im Bereich rund um den **Bahnhof Farmesen**, ungefähr der geografischen Mitte Wandsbeks, soll im Rahmen eines öffentlichen Beteiligungsprozesses geprüft werden, inwieweit Flächen als urbane Aufenthaltsplätze wie auch für Wohnbebauung aufgewertet werden können;
- der Ausbau der Bahnverbindung zwischen Hauptbahnhof und Ahrensburg und die Einrichtung der Linie S4 wird mit der Schaffung von voraussichtlich vier neuen Haltestellen verbunden sein, in deren Umfeld eine entsprechende ökologisch und energetisch hochwertige städtebauliche Entwicklung gefördert werden muss;
- das Moratorium für den Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 wollen wir fortsetzen.

Bei größeren Vorhaben des Geschosswohnungsbaus soll ein **Anteil von mindestens 30 %** an den neu geschaffenen Wohneinheiten zugunsten von Wohnungssuchenden mit unteren und mittleren Einkommen **öffentlich gefördert** sein. Wo möglich, wollen wir auch einen grö-

ßeren Anteil realisieren. Dazu wird die Koalition aus SPD und Grünen bei der Entwicklung neuer Wohnbauflächen in Wandsbek gegenüber Investoren und Bauherren von den gesetzlichen Möglichkeiten des so genannten städtebaulichen Vertrages Gebrauch machen. Je nach Standort dienen sowohl frei finanzierte als auch öffentlich geförderte Wohnungen der sozialen Mischung und der Erreichung unserer wohnungsbaupolitischen Ziele.

Eine **ökologische und soziale Stadtplanung** stellt keinen Widerspruch dar. Gerade bei steigenden Energiekosten ist eine Bauweise notwendig, die wenig Energie verbraucht und damit auch die Mietnebenkosten senkt. Dies wollen wir im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigen.

Die Koalition setzt sich zum Ziel, den **CO₂-Ausstoß** für die benötigte Energieversorgung der Gebäude einerseits durch effizientere Bauweisen und andererseits durch die Nutzung erneuerbarer Energien **über das gesetzliche Maß hinaus zu reduzieren**.

Insbesondere gilt dies für folgende Projekte:

- Wohnbebauung östlich am Buchenkamp: Hier sollen Nullenergiehäuser entstehen;
- EKT- und Wohnungsneubau am Spitzbergenweg (Rahlstedt 130): Die Energieversorgung der Wohnungen und der Ladengeschäfte soll aus einer Photovoltaikanlage auf den Dachflächen mit einer Belegungsquote von 60% erfolgen;
- Auch bei der Entwicklung des Bereichs rund um den Bahnhof Farmsen soll der Einsatz von Methoden zur Erzeugung Erneuerbarer Energie in verstärktem Maße berücksichtigt werden;
- Bei der geplanten Wohnbebauung am Petunienweg soll eine Dachbelegungsquote von 60% mit Photovoltaikanlagen erreicht werden.

Das direkte Umfeld spielt für die Qualität der Lebensgestaltung einer älter werdenden Gesellschaft eine wichtige Rolle. Deshalb werden die Koalitionsparteien sich für die Förderung von **generationenübergreifenden Wohnprojekten** und die **altersgerechte Ausgestaltung der Quartiere** einsetzen. Die Sicherung der wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten ist auch Aufgabe der Stadtplanung. Wir werden weiterhin die örtlichen Einkaufszentren und die Nahversorgungszentren in den Wohngebieten stärken. Ansiedlungswünsche von Einzelhandelsbetrieben in Gewerbe- und Industriegebieten außerhalb gewachsener zentraler Standorte lehnen wir ab.

Ebenso muss im Wohnungsbau die demografische Entwicklung und der Anstieg der Einpersonenhaushalte berücksichtigt werden. Das betrifft insbesondere die Wohnungsgrößen und die Anforderungen, die wir bei Neubauprojekten stellen müssen. **Die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren** oder ihrer Vertretungen an städtebaulichen Planungsprozessen kann hier eine hilfreiche Unterstützung sein. Teilhabe an der Stadtplanung ist gleichermaßen auch für nachfolgende Generationen ein berechtigter Anspruch. Wir treten dafür ein, auch Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich in Planungsprozesse einzubringen. Diese Einbindung erproben wir exemplarisch im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bredenbekkamp.

Gerade Wandsbek mit seinen unterschiedlichen Wohnqualitäten ist im Kontext der Großstadt gefordert, für Familien attraktiv und bezahlbar zu sein.

Der Übergang von erwünschter sozialer Mischung und Steigerung der Attraktivität eines Wohnquartiers hin zu dem praktischen Ausschluss niedrigerer Einkommensklassen ist je-

doch oftmals leider fließend. In betroffenen Stadtteilen und insbesondere im urbanen und innenstadtnahen Eilbek werden wir daher die Entwicklung genau beobachten und ein angemessenes Monitoring vorantreiben. Die dafür notwendigen Personalstellen und ihre Finanzierung fordern wir beim Senat ein. Auf Basis der Ergebnisse wollen wir jeweils beurteilen, ob eine Erhaltungsverordnung erforderlich ist oder nicht.

Die Koalitionäre setzen sich gegenüber der Landesebene und dem Senat dafür ein, dass **Qualität und Finanzierung städtebaulicher Planungen** und deren Ausgleich mit der Anwendung einer Richtlinie für sozial gerechte Bodennutzung nach dem Vorbild der Stadt München (SoBoN-Richtlinie) in Hamburg verbessert werden.

Die SAGA GWG und die Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei Wohnungsbauplanungen unterstützt werden.

Bei der Vergabe städtischer Grundstücke müssen Wohnungsbaugenossenschaften und Baugemeinschaften im Sinne des Leitfadens der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt noch mehr als bisher berücksichtigt werden. Ihre Finanzierungsstruktur darf nicht dazu führen, dass sie gegenüber gewinnorientierten Unternehmen benachteiligt werden.

Im Zuge der Erschließung weiterer Wohnungsbaupotentiale sollen gewachsene **dörfliche Strukturen** wie insbesondere im nördlichen Wandsbek durch eine sichtbare Abgrenzung der bebauten Flächen erhalten bleiben.

Sensibilität und Augenmaß ist auch gefordert, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen, denen Konkurrenzen bei Flächennutzungen zugrunde liegen. Ob Wohnen, Gewerbe oder Grünfläche ausgewiesen werden soll, muss stets sorgfältig abgewogen werden.

Wir werden auch weiterhin prüfen, ob die in den letzten hundert Jahren gewachsenen, kleinteiligen Gewerbeflächen noch zeitgemäß sind oder ob sie gerade die Chance für eine sinnvolle Verbindung von Wohnen und Arbeiten bieten. Grundsätzlich kommt einem **konsequenten Bestandsflächenmanagement für freie Gewerbeflächen** eine erhöhte Bedeutung zu. Gerade kleinere Flächen benötigen eine verstärkte Mobilisierungsunterstützung im Rahmen einer strukturierten Ansiedlungspolitik, um ihrer unverzichtbaren stadträumlichen Funktion nachkommen zu können. Grundsätzlich ist Wandsbek dabei im Hamburger Vergleich kein Bezirk, der sich bei Ansiedlungen für großflächige Industriebetriebe oder Logistikunternehmen anbietet. Neuausweisungen großflächiger Gewerbegebiete sollen daher vermieden werden. Gewerbegebiete in den Freiräumen zwischen Rahlstedt und Barsbüttel, südlich der Kielkoppelstraße zwischen westlich dem Stadtgebiet und östlich dem Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor, kommen für uns nicht in Frage.

Die Stadt gehört ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. **Öffentliche Räume** sind Begegnungsstätten. Sie bieten Raum für Sport und Freizeit. Sie gilt es zu erhalten, zu erweitern und zu gestalten. So betreiben wir Stadtentwicklung mit Augenmaß.

Die **RISE-Maßnahmen** haben sich zur Entwicklung der Sozialräume bewährt. Die Koalition wird trotz rückläufiger Mittel der sozialen Stadtentwicklung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die begonnenen Wandsbeker Projekte fortzuführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Nachhaltigkeit bereits erfolgter Verbesserungsmaßnahmen sichergestellt wird. Um eine noch bessere Beteiligung der bezirklichen Gremien bei der Entwicklung und Steuerung der Maßnahmen sicher zu stellen, bedarf es einer Entbürokratisierung bei der Fachbehörde und eines transparenten Verfahrens.

Lebensqualität in der Großstadt erfordert auch **unversiegelte Flächen**. Denn unversiegelte, lebendige Böden sind unabdingbar als Lebensgrundlage für Pflanzen und Tiere und damit auch für die Menschen. Grünflächen und Natur haben einen hohen Erholungswert, nützen dem Stadtklima und lassen Raum für Artenvielfalt.

Eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung erfordert **eine ökologische und energieeffiziente Bauleitplanung**. Bei öffentlichen Beteiligungsverfahren für Überplanungen des öffentlichen Raums sollen Naturschutzvertreter in die Juries stärker einbezogen werden.

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Gebäude ökologisch zu optimieren, deshalb verfolgen wir:

- den Ersatz von fossiler Energie durch Photovoltaik, Solarthermie und Windenergie sowie Geothermie;
- die Einsparung von Energie durch entsprechende Baukörper, Bauweise und Dämmung.

Auch das **Kleinklima** lässt sich verbessern – hier wird im Zuge des Klimawandels vor allem die Unterstützung abkühlender Effekte in den Städten immer wichtiger. Wir machen uns deshalb stark für:

- die Förderung von **Dach- und Fassadenbegrünung** – sowohl in Wohn- als auch in Gewerbegebieten;
- den Erhalt und die Weiterentwicklung von **Flächen für Kaltluftbildung** – dazu gehören Grünachsen und andere Grünflächen, urbane Waldstücke und Wasserflächen. Vorhandene **Grünkorridore** sollen geschont und von Bebauung freigehalten werden;
- der im Landesgesetz verankerte **Biotopverbund** soll mit hoher Priorität umgesetzt und die Flächen in geeigneter Weise vor Bebauung und anderer Inanspruchnahme dauerhaft geschützt werden;
- Vermeidung von „Hitzeinseln“ und „Sturmschluchten“;
- ein **dezentrales Regenwassermanagement** mit Nutzungsmöglichkeiten für Wasser- oder Feuchtbiotope. Flächen für Terrassen, Zuwegungen und Gehwege sollen generell mit einem wasserdurchlässigen Aufbau erfolgen;
- Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Naturschutzes werden stichprobenartig auf ihre Umsetzung hin geprüft;
- eine **Entsiegelung von Flächen** wo dies möglich ist;
- wir halten daran fest, eine frühzeitige Einbindung naturschutzfachlicher Vorgaben in Bebauungsplanverfahren und eine bessere Berücksichtigung des Naturschutzes im vereinfachten Verfahren zu fordern;
- Weiterhin **verbindliche Pflanzvorgaben** in Bebauungsplänen (Listen mit heimischen Bäumen, Sträuchern und Hecken).

Mietergärten und andere kreative Formen des Gärtnerns können Freiflächen zwischen Wohnblöcken aufwerten und sozialen Zusammenhalt stärken. Die Koalition unterstützt daher Initiativen von **Urban-Gardening-Projekten**, interkulturellen und Generationengärten.

In Wandsbek gibt es viele mit Altlasten (Industrie-, Gewerbemüll und anderen Schadstoffen) belastete Flächen. Im letzten Jahrhundert sind viele Ton- und Kiesgruben entstanden und mit häufig unbekanntem Stoffen verfüllt worden. Wir befürworten die permanent stattfindende Überwachung durch die Fachbehörde und die bedarfsgerechte Sanierung solcher Flächen. Darüber hinaus wollen wir eine **öffentlich transparente Darstellung der belasteten Flächen** in Wandsbek. Einer Bebauung belasteter Flächen werden wir nur dann zustimmen,

wenn zweifelsfrei feststeht, dass von diesen Flächen - auch langfristig - keine Gefahren ausgehen.

STADTGRÜN UND NATURSCHUTZ

Die **biologische Vielfalt** trägt aus Sicht der SPD und der Grünen maßgeblich zur Attraktivität und Lebensqualität einer Stadt bei. Die Förderung der Biodiversität – also einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt - ist für uns eine Grundlage einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Deshalb machen wir uns stark für die **Förderung heimischer Pflanzen und Tiere**. Das Spannungsverhältnis zwischen den Nutzungs- und den ökologischen Notwendigkeiten muss in einer transparenten Abwägung aufgelöst werden. Dabei müssen die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, des Wasser- und Lärmschutzes und die Erhaltung eines ökologisch funktionsfähigen Landschaftsbildes einbezogen werden.

Der Schutz und die Neupflanzung von **Straßen- und Parkbäumen** sind für uns wichtig. Unser Ziel ist, jeden im öffentlichen Raum entfallenden Baum zu ersetzen. Das erfordert eine enorme Kraftanstrengung und bedeutet eine Trendumkehr. Das Programm „Mein Baum-Meine Stadt“ muss für Wandsbek fortgesetzt und ausgeweitet werden. Zusätzlich werden wir im kommenden Haushalt aus Mitteln der Bezirksversammlung 100.000 Euro für die Nachpflanzung von Straßenbäumen bereitstellen. Bei Ersatzpflanzungen im Zuge von Neubauten oder bei Fällung abgängiger Bäume soll darauf geachtet werden, dass die Baumauswahl sich an den örtlichen Gegebenheiten orientiert. Nachpflanzungen sollen möglichst in räumlicher Nähe zum alten Standort erfolgen. Wo dieses nicht möglich ist, soll unter fachlichen Gesichtspunkten ein geeigneter Nachpflanzungsort bestimmt werden. Wo der Platz eng wird für einen großkronigen Baum, können stattdessen mindestens zwei bis drei kleinkronige Bäume gepflanzt werden.

Nach Vorbild der Bebauungspläne soll die Verwaltung eine **Liste mit vorrangig heimischen Gehölzen** erstellen, welche als Ersatz- oder Neupflanzung im Stadtgrün zum Einsatz kommen. Dabei geben wir ökologischen Gesichtspunkten bei der Baumauswahl vor gewerblichen Interessen den Vorrang.

Grünflächen und unversiegelte Räume sind gerade in einer Großstadt unverzichtbar. Sie haben nicht nur Naherholungswert, sondern dienen als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und verbessern gleichzeitig das Stadtklima. Wir wollen daher den Erhalt und die Neuanlagen von naturnahen Lebensräumen fördern und diese – wo möglich – zu ihrer optimalen Entwicklung zu Verbänden vernetzen.

Wir bekräftigen, dass für die bestehenden **Wandsbeker Naturschutzgebiete Pflegepläne** erstellt, umgesetzt und wiederkehrend aktualisiert werden sollen. Der sich abzeichnende Klimawandel wird auch Auswirkungen auf unsere Schutzgebiete haben. Gemeinsam mit den Fachleuten des Bezirksamtes – und wenn nötig externer Unterstützung – wollen wir zukünftig Pflegemaßnahmen für diese sensiblen Bereiche entwickeln und umsetzen.

Invasive Neophyten, wie zum Beispiel der Riesen-Bärenklau, werden auch in Zukunft mit Priorität mechanisch bekämpft. An Stellen, wo dieses nicht machbar ist, soll nach Inaugenscheinnahme vor Ort entschieden werden, welche alternativen Maßnahmen getroffen werden können. Wenn der Erfolg von Maßnahmen nicht zur Zufriedenheit führt, entscheidet die Politik über die weitere Vorgehensweise.

Weiter setzen sich die Koalitionspartner ein für:

- eine **naturnahe Erhaltung und Renaturierung von Gewässern** einschließlich ihrer Uferzonen gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (z. B. Wandse, Rahlau, Stellau);
- die **ökologische Pflege** und Aufwertung von öffentlichen Grünflächen und Gewässern;
- den gezielten Schutz von alt gewachsenen Lebensräumen (z. B. **Kulturlandschaften**);
- eine **Ablehnung** des Planfeststellungsantrages der **Deponieerweiterung** in Hummelsbüttel;
- das zielgerichtete **Zulassen von mehr Wildwuchs** – evtl. auch Ausweisung von entsprechenden „Wildnisinseln“ auch und gerade bei der Gestaltung öffentlicher Flächen;
- die **ökologische Gestaltung von Straßenbegleitgrün** und Baumscheiben – möglichst keine Versiegelung oder Verschotterung;
- Artenvielfalt durch nährstoffarme und trockene Sonderstandorte z.B. an Straßenrändern und Verkehrskreiseln;
- Verwilderung von Brachflächen (auch temporär);
- **Naturerlebnissräume für Kinder** - auf Brachflächen oder Teilflächen von öffentlichen Grünanlagen (z.B. Jacobi-Park);
- größtmögliche Vermeidung von schädlichem Chemieeinsatz (Pestizide und andere Giftstoffe);
- eine Kontrolle von Auflagen bezüglich Ersatzpflanzungen, Festsetzungen in Bebauungsplänen sowie Ausgleichsmaßnahmen.

Für die **ökologische Gestaltung und Pflege des Stadtgrüns** möchten wir die Bürger und Bürgerinnen weiterhin und verstärkt mit ins Boot holen. Zur Schaffung von Akzeptanz und Förderung des bürgerlichen Engagements ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung der Bevölkerung wichtig.

Patenschaften können nicht nur für Bäume, sondern auch für deren Umfeld, Straßenbegleitgrün und andere öffentliche Grünflächen vergeben werden. Auf diese Weise soll insbesondere auch - auf geeigneten Flächen - die Pflanzung von Obstbäumen und heimischen Fruchtgehölzen gefördert werden.

Die **Informationsveranstaltung „Wandsbek und seine Natur“**, die 2014 zum ersten Mal von der Verwaltung gemeinsam mit den Naturschutzverbänden durchgeführt wurde, soll fortgeführt werden. Die Kooperation zwischen Verwaltung und den Naturschutzverbänden soll dabei verstetigt werden. Bei diesen Veranstaltungen soll die Möglichkeit genutzt werden, oben genannte Projekte vorzustellen und interessierte BürgerInnen als „**Grünpaten**“ zu werben. Hierzu würden sich eine Beteiligungswerkstatt oder ein Arbeitskreis zum Thema „Stadtgrün im öffentlichen Raum aufwerten“ anbieten.

Die Koalitionspartner bekennen sich nach wie vor zu einer möglichst umfassenden **Eingrenzung der Belastungen aus dem Straßenverkehr durch Feinstaub und Lärm**. Unsere Beschlusslage zu einem Pilotprojekt im Rahmen der landesweiten Lärmaktionsplanung im Bereich der Wandsbeker Chaussee (Fahrspureinengung und nächtliche Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h) bekräftigen wir und setzen uns für eine Umsetzung ein.

Ein zunehmendes Phänomen ist, dass es in vielen Städten gar nicht mehr dunkel wird. Die sogenannte Lichtverschmutzung steigt nach Schätzungen von Wissenschaftlern um jährlich 5%. Die Folgen sind Störungen von Ökosystemen. Auch der biologische Rhythmus von Menschen und Tieren wird durcheinandergebracht, so dass plötzlich tag- und nachtaktive Tierarten miteinander konkurrieren. Daher fordern wir eine geeignete **umweltfreundliche Beleuchtung**.

SOZIALES UND BILDUNG

Wandsbek ist ein Bezirk mit unterschiedlichen Facetten. Arme und reiche Stadtteile liegen dicht beieinander, Wohngebiete mit überwiegend alteingesessener Bevölkerung grenzen an junge, dynamische Quartiere, in denen hohe Fluktuation herrscht.

Wir wollen weiterhin **den sozialen Zusammenhalt stärken** und in allen Stadtteilen für eine gute Nachbarschaft und Lebensqualität sorgen. Auf die einzelnen Politikfelder in den Bereichen Soziales und Bildung bezogen bedeutet dieses:

Integration

Der Anteil von in Wandsbek lebenden Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei durchschnittlich 25%. In Stadtteilen wie Jenfeld, Hohenhorst oder Steilshoop sind es sogar bis zu 50%. Es ist unser Ziel, dass die Anliegen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte noch besser berücksichtigt werden können.

Die Koalitionsparteien wollen daher:

- das Interkulturelle Gesamtkonzept weiterentwickeln und umsetzen;
- interkulturelle Fortbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung fördern;
- die Integrationszentren in Wandsbek unterstützen;
- den Ausbau der Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere für Seniorinnen und Senioren;
- die Unterstützung der erfolgreichen Arbeit des Integrationsbeirats;
- eine bedarfsgerechte Anzahl von Integrationskursen unterstützen.

Öffentlich-Rechtliche Unterbringung

Die Anzahl von Flüchtlingen ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Die würdevolle Unterbringung dieser Menschen ist SPD und Grünen ein großes Anliegen. Dieser Verantwortung wird der Bezirk Wandsbek auch weiterhin nachkommen. Wir setzen uns dabei für **möglichst kleine, dezentrale Unterkünfte** ein und geben der Unterbringung in solchen Stadtteilen den Vorzug, die günstige Voraussetzungen für eine tragfähige Integration bieten.

Die Koalitionsparteien werden weiterhin die Voraussetzung dafür schaffen, dass in Zukunft auch mehr Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden können.

Um der vorhandenen **Obdachlosigkeit** auch weiterhin entgegenzutreten, werden wir uns beim Senat für ausreichende am Bedarf ausgerichtete Plätze einsetzen. Dabei ist es uns wichtig, dass spezielle Anlaufpunkte auch für Frauen bereitgestellt werden.

Inklusion

Jeder Mensch - gleich ob mit oder ohne Behinderung - muss die Möglichkeit haben, vollständig und gleichberechtigt am Leben teilzunehmen. Eine **gerechte Gesellschaft darf sich daher keine Barrieren leisten**. Weder im Straßenverkehr, noch bei der gesellschaftlichen Teilhabe.

SPD und Grüne setzen sich dafür ein, dass Ausstattung und Einrichtung öffentlicher Gebäude eine barrierefreie Nutzung möglich machen und erwarten von den Eigentümern dieser Gebäude, die Sicherstellung einer barrierefreien Zugänglichkeit.

Die erfolgreiche Arbeit des **Inklusionsbeirats** wollen wir stärken.

Generationengerechtes Wandsbek

Der **demographische Wandel** ist auch in Wandsbek eine Herausforderung. In keinem anderen Bezirk sind mehr Menschen über 65 Jahre zu Hause. Den Bedürfnissen der unterschiedlichen Altersgruppen und Lebensformen wollen wir Rechnung tragen. Gleichzeitig soll der Bezirk für Familien attraktiv und erlebbar sein.

Die Koalition setzt sich daher ein für:

- die Weiterentwicklung der **Pflegestützpunkte** und der **Seniorenberatungen** zu einem vernetzten Angebot für Seniorinnen und Senioren, hin zu einer Unterstützung möglichst im angestammten Quartier. **Seniorentreffs** und andere Stadtteilangebote sollten ebenfalls attraktive, quartiersnahe Möglichkeiten der Begegnung bieten; dabei sollte die breite Nutzung der Angebote wichtiger sein, als der Erhalt vorhandener Strukturen;
- die Unterstützung des **Bezirkssenioresbeirats**;
- Hilfe und **Unterstützung für Familien und Jugendliche** durch gut erreichbare Angebote in den Stadtteilen, z.B. durch Community-Center und Jugendeinrichtungen.

Frauen

SPD und Grüne setzen sich in allen politischen Gremien für eine **gleichberechtigte Teilhabe von Frauen** ein.

Das heißt konkret:

- Unterstützung von in unserem Bezirk ansässigen Institutionen, die sich in besonderem Maße der **Förderung von Mädchen und Frauen** angenommen haben
- bedarfsgerechte Einrichtung von **Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen**.

Sport

Der Sport bietet - neben der sportlichen Betätigung an sich - für viele Menschen **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** und die Möglichkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit. Hierdurch wird der Einzelne gestärkt und unsere Gesellschaft gestützt.

Insbesondere im Rahmen des flächendeckenden Ausbaus der Ganztagschulen tritt die Koalition dafür ein, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen so gestaltet wird, dass die Sportvereine bei der Vergabe der Nutzungszeiten für Sportanlagen optimal berücksichtigt werden.

SPD und Grüne wollen:

- eine Fortschreibung der **Sanierungsoffensive Sportstättenbau**, um weitere Sportstätten sanieren zu können;
- für eine bessere Abstimmung zwischen Schulbau Hamburg und den für Sportstätten-erhaltung und -sanierung zuständigen Fachbehörden eintreten;
- für eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtteile und Vereine bei der Bedarfsplanung der Sportstätten eintreten;
- für die derzeit brach liegende Sportfläche am **Neusurenland** innerhalb der kommenden fünf Jahre gemeinsam mit dem Stadtteil eine tragfähige Lösung finden.

Bildung

Die Steilshooper „**Schule am See**“ ist seit vielen Jahren Gegenstand von Initiativen der Koalition im Bezirk. Die Bestandsgarantie der Schule sowie die Realisierung eines Quartierszentrums mit den verschiedenen Einrichtungen des Stadtteils sind ein bedeutender Fortschritt für Steilshoop. Die Entwicklung des **Campus** muss weiterhin in enger Abstimmung zwischen Senat, bezirklichen Gremien und den beteiligten Akteuren erfolgen. Dabei müssen insbesondere die durch die neue räumliche Ordnung entstehenden Synergien für den Stadtteil genutzt und die von den zuständigen Fachbehörden zugesagte Finanzierung sichergestellt werden.

Die Vernetzung von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen konnte in Teilen durch die **ganztägige Betreuung an Grundschulen** erreicht werden. Zur Unterstützung wurden lokale Bildungskonferenzen, z.B. in Jenfeld, Rahlstedt etc. eingerichtet, die alle Akteure vor Ort zusammengeführt haben. Diese Vernetzung wollen wir weiter ausbauen.

Wir begrüßen das **Engagement außerschulischer Bildungseinrichtungen** in unserem Bezirk und unterstützen diese im Rahmen unserer Möglichkeiten.

JUGENDHILFE

Mit dem massiven Ausbau der Ganztagschule sowie der Einführung der **flächendeckenden ganztägigen Betreuung an den Schulen** wurde in Hamburg ein großer Schritt für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen getan. Die Jugendhilfe steht angesichts dieser und anderer veränderter Rahmenbedingungen vor großen Herausforderungen.

Den weiterhin notwendigen Ausbau der **Kindertagesbetreuung** – insbesondere im Bereich der Krippenplätze - berücksichtigen wir auch bei neuen Bauprojekten und versuchen, bei Genehmigungsverfahren Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Um eine **ganzheitliche Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen** zu erreichen, bedarf es der bestmöglichen Vernetzung der vorhandenen Einrichtungen und Institutionen in den Sozialräumen, die sich mit der Erziehung, Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen. Jugendhilfepolitik muss dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche jene Räume finden, die sie zur Orientierung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit brauchen und dafür dass ein angemessenes Angebot an gut erreichbaren und niedrigschwelligen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vorhanden ist.

Bisher ist es uns gelungen, auch in Zeiten knapper Kassen die **Wandsbeker Jugendhilfandschaft** so zu steuern, dass sie den veränderten Rahmenbedingungen standhalten konnte. Weitere Kürzungen in den Rahmenzuweisungen, aus welchen die Angebote der Jugendhilfe in Wandsbek finanziert werden, lehnen die Koalitionspartner ab. Um auch in Zukunft eine nachhaltige Jugendhilfestruktur für den Bezirk zu erhalten, brauchen wir eine solide Jugendhilfeplanung, die uns in die Lage versetzt, die knapper werdenden Mittel dort einzusetzen, wo sie am meisten gebraucht werden.

Eine gelingende **Kinder- und Jugendarbeit** kann jedoch nur erfolgen, wenn das Personal in diesem Bereich entsprechend qualifiziert ist und gute Arbeitsbedingungen vor Ort herrschen. Die Koalitionspartner fordern die Verwaltung daher auf, wegfallende Stellen in den Angeboten der Jugendhilfe unverzüglich und vorrangig wieder zu besetzen, sobald der bezirkliche Haushalt ausgeglichen ist.

Wir begrüßen die **Weiterentwicklung von Kitas hin zu Eltern-Kind-Zentren**, damit die Kinderbetreuung und Unterstützungsangebote lokal vernetzt stattfinden können. Dies soll besonders in Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten umgesetzt werden. Ferner bedarf es eines ausreichenden Angebots an **Erziehungsberatungsstellen**.

Trotz der Bemühungen der vergangenen Jahre, den **Kinderschutz** zu stärken, ist es noch immer nicht gelungen, hinreichende Sicherheit für Kinder in schwierigen Lebenslagen zu gewährleisten. Die Koalition setzt sich weiter für die Optimierung des Kinderschutzes ein. Es ist für uns selbstverständlich, dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) auch weiterhin von allen Sparmaßnahmen ausgenommen wird. Wir fordern die umgehende Umsetzung der vom Senat angekündigten Personalaufstockung in den Abteilungen der ASD. Die Entwicklung des ASD in Wandsbek werden wir kritisch begleiten und wenn notwendig gegensteuernde Maßnahmen ergreifen.

Bei der Implementierung neuer Projekte, insbesondere **sozialräumliche verbindliche Hilfen SHA/SAE**, soll auch weiterhin der Jugendhilfeausschuss mindestens im bisherigen Umfang beteiligt werden. Die Angebote sollen sich vor Ort im Lebensraum der Ratsuchenden befinden.

Die **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen. Die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Wahlen zur Bezirksversammlung stellt ein deutliches Signal in die richtige Richtung dar, ebenso wie die Einbindung der Jugendlichen durch die Veranstaltung „Jugend im Parlament“. Eine konkrete Beteiligung von Kindern und Jugendlichen findet bereits heute bei Planungsprozessen wie dem Wohnungsbauprojekt am Bredenbekkamp sowie vielerorts bei der Neugestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen statt. Wir haben als Standard eingeführt, dass in allen Fachausschüssen der Bezirksversammlung geprüft wird, ob Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen berührt sind. Diese Bemühungen gilt es zu verstetigen und auf weitere Themenbereiche auszudehnen.

Die Koalitionspartner streben die **Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates** an.

Wir wollen Beratungsangebote zur Findung der sexuellen Identität fördern. Die Koalitionsparteien werden sich daher für geeignete Angebote einsetzen.

VERKEHR

Mobilität nimmt in unserer Gesellschaft stetig an Bedeutung zu. Dabei muss es Ziel der Kommunalpolitik sein, Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und alle Gruppen von Verkehrsteilnehmern zu ermöglichen. Die Koalitionspartner streben gemeinsam die Schaffung guter Wegeverbindungen und einer intakten Verkehrsinfrastruktur durch die nachhaltige Sanierung von Fahrbahnen, Radverkehrsanlagen und Gehwegen ebenso an wie die Optimierung der ÖPNV-Angebote in unserem Bezirk.

Wandsbek braucht eine **aktive und strukturierte Verkehrsplanung**, die Probleme erkennt und Lösungen erarbeitet. Die Ressourcen für Straßenplanung und Straßenbau sollen dabei auch weiter so eingeplant werden können, dass sowohl eine längerfristig priorisierte und geplante Sanierung der Infrastruktur, als auch eine kurzfristigere Reaktion auf Bedarfe möglich ist. Vor diesem Hintergrund soll die von den Koalitionspartnern in der vergangenen Wahlperiode eingeführte Praxis der Bündelung und Sammlung von Maßnahmen für eine koordinierte Einplanung in das Arbeitsprogramm des Bezirksamtes fortgeführt werden. Hierbei sollen künftig auch die aus dem Bereich der Stadtplanung entstehenden Erschließungsbedarfe möglichst frühzeitig erfasst und eingeplant werden. Im Arbeitsprogramm des Bezirksamtes wollen wir künftig regelhaft Maßnahmen aus den Bereichen Radverkehr, Tempo 30 und Schulwegsicherung umsetzen können.

Im Sinne einer klar strukturierten und ortskundigen Regelung von Verkehrsangelegenheiten setzen wir uns für eine **Übertragung der Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke** ein. Bis zu einer Umsetzung dieses Punktes setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Straßenverkehrsbehörde, bezirklichen Dienststellen und Kommunalpolitik bürgerfreundlicher und flexibler gestaltet wird. In diesem Sinne ist auch eine Änderung der betreffenden Norm des Bezirksverwaltungsgesetzes wünschenswert, die sowohl den direkten Dialog in Ausschusssitzungen, als auch direkte Absprachen bei Ortsterminen ermöglicht.

Straßenverkehr

Eine sinnvolle **Ausweitung des Netzes von Tempo 30-Straßen** wird weiter verfolgt. In der vergangenen Wahlperiode sind verschiedene Straßen in unserem Bezirk diesbezüglich ausgewählt worden. Die Koalitionspartner wollen erreichen, dass in diesen Straßen in dieser Wahlperiode die hierfür nötigen baulichen Maßnahmen stattfinden, so dass eine Ausweisung von Tempo 30 umgesetzt werden kann. Ferner wollen wir in bestehenden Tempo 30-Bereichen mit permanenten Geschwindigkeitsüberschreitungen die Einhaltung von Tempo 30 durch bauliche Maßnahmen durchsetzen; Maßnahmen zur Geschwindigkeitsüberwachung und Aufmerksamkeitssteigerung von Verkehrsteilnehmern in Tempo 30-Bereichen unterstützen wir.

Dort wo verkehrliche Brennpunkte bestehen oder Planungen zu Grundinstandsetzungen oder Neu- und Umbau von Straßen erfolgen, wollen wir, dass trotz der aktuellen Haushaltslage obligatorisch geprüft wird, ob die Einrichtung von Kreisverkehren eine wirksame Alternative darstellt und umgesetzt werden kann.

Radverkehr

Den Radverkehr im Bezirk Wandsbek wollen die Koalitionspartner nachhaltig fördern. Hierzu zählt neben der Infrastruktur für kürzere Strecken auch das Angebot für längere Strecken und Verbindungen in die Hamburger Innenstadt. Das Konzept der **Velorouten** wollen wir durch eine Umsetzung der bestehenden Planungen verwirklicht sehen, Mängel am vorhan-

denen Wandsbeker Netz sollen beseitigt werden. Anknüpfend an die Überlegungen der Fachbehörde zu sog. Radschnellwegen und die bis an unseren Bezirk heranreichende Infrastruktur der Veloroute 6 im Bezirk Hamburg-Nord setzen wir uns für die Fortführung dieses Angebots in unseren Bezirk hinein ein.

Wir begrüßen daher, dass entsprechend des Beschlusses in der vergangenen Wahlperiode nun ein **Radverkehrskonzept** für unseren Bezirk erarbeitet wird. Diesen Prozess werden wir konstruktiv unterstützen und begleiten und dafür Sorge tragen, dass eine Umsetzung der Ergebnisse seitens des Bezirksamtes ermöglicht wird. Neben dieser strategischen und mittel- bis langfristigen Maßnahme zur Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit unseres Bezirks streben wir auch kurzfristige Verbesserungen für den Fahrradverkehr an. Hierzu zählen für uns die Umsetzung und Fortführung der in der vergangenen Wahlperiode von rot-grün beschlossenen Verbesserung des Bike & Ride-Angebots, die Einführung weiterer Radfahrstreifen und Schutzstreifen für Radfahrer sowie die Instandsetzung der vorhandenen Radverkehrs-Infrastruktur. In diesem Zusammenhang sollen auch Maßnahmen, die einer längerfristigen Planung bedürfen, in Angriff genommen werden. So wollen die Koalitionspartner in dieser Wahlperiode eine Verbesserung der Situation im Bereich des Alten Zollweges, der Berner Chaussee und der Radwegeverbindung entlang der Poppenbüttler Chaussee/Lemsahler Landstraße auf den Weg gebracht wissen.

Der **Ausbau des Leihfahrradsystems StadtRAD** im Bezirk Wandsbek ist für uns unter verkehrlichen Gesichtspunkten wichtig. Wir setzen uns dafür ein, dass das System unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und Attraktivität ausgebaut wird und so ein attraktives Netz für den Bezirk entsteht. Die erste Priorität hat dabei der Lückenschluss zwischen den vorhandenen Standorten am Wandsbeker Markt und an der Bramfelder Chaussee - so z.B. am Ostpreußenplatz - und die Schaffung einer Station an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Im Zuge der weiteren Verstetigung des StadtRAD-Systems halten wir Stationen am Bramfelder Marktplatz sowie in Farmsen, Rahlstedt, Poppenbüttel, Sasel, Berne, Volksdorf und Ohlstedt für nötig.

ÖPNV

Der ÖPNV soll durch einen weiteren Ausbau und die Optimierung der bestehenden Angebote attraktiver gestaltet werden. Im Rahmen des weiteren barrierefreien Ausbaus aller Schnellbahnhaltestellen im Bezirk streben wir jeweils eine Optimierung des Haltestellenumfeldes an, dabei hat für uns die Haltestelle Meiendorfer Weg höchste Priorität.

Die Koalitionspartner fordern und unterstützen den weiteren Ausbau des schienengebundenen ÖPNV im Bezirk Wandsbek.

Zuvorderst hat für die Koalitionspartner der **Bau der S4 auf eigenen Gleisen nach Rahlstedt**, Ahrensburg und darüber hinaus weiterhin hohe Priorität. Wir begrüßen, dass auf Initiative der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für dieses lang geforderte Projekt begonnen wurde. Der Bezirk Wandsbek wird seinen Teil zum Gelingen des Projekts S 4 beitragen, insbesondere mit Blick auf die Trassensicherung und das Umfeld der bestehenden und zukünftigen Haltestellen.

Darüber hinaus begrüßen die Koalitionspartner verkehrsplanerische Überlegungen, auf der Linie U1, zwischen den Haltestellen Farmsen und Berne, eine weitere **Haltestelle Oldenfelde** einzurichten. Der Bezirk wird sich aktiv in die Planungen einbringen und hierzu seinen Beitrag leisten - insbesondere, was flankierende Maßnahmen im Umfeld der neuen Haltestelle angeht.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die **schienengebundene Anbindung Steilshoops und Bramfelds** endlich realisiert werden muss. Entscheidungen über den Ausbau des schienengebundenen ÖPNV werden allerdings nicht im Bezirk, sondern auf Landesebene getroffen. Hier gehen die die Koalition tragenden Parteien von unterschiedlichen Konzepten aus. Die Koalitionspartner vereinbaren, die notwendigen Trassen für neue Schienenwege, seien sie unter- oder oberirdisch, für zukünftig auf Landesebene zu treffende Entscheidungen freizuhalten. Wir werden uns in den Entscheidungsprozess mit dem Ziel einer zügig umgesetzten, wirtschaftlichen und durchsetzbaren Lösung konstruktiv einbringen. Denn nur tatsächlich gebaute neue Linien bringen den Verkehr im Bezirk Wandsbek voran, nicht aber solche, die nur auf Papier existieren.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen die **Busse im Bezirk Wandsbek**. Die Partner unterstützen daher den Ausbau und die Modernisierung des Busnetzes im Bezirk. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für einen bedarfsgerechten Ausbau bzw. eine kapazitätssteigernde Umgestaltung von Busbahnhöfen ein, die teilweise ihre Kapazitätsgrenze bereits erreicht haben. Der Bezirk wird zudem seinerseits Bushaltestellen zügig anpassen, wenn Linien z.B. auf Gelenkbusbetrieb umgestellt werden sollen. Auch in den Randbereichen des Bezirks brauchen wir in den verkehrsschwächeren Zeiten ein bedarfsgerechtes Angebot, das zur Nutzung des ÖPNV einlädt. Dazu zählt für die Koalitionspartner neben der Prüfung von alternativen Bedienangeboten wie Anrufsammeltaxis oder Rufbussen ebenso der Ausbau des Angebots an elektronischer Bereitstellung von Informationen zum Verkehrsangebot, auch um den Zugang zum ÖPNV zu erleichtern.

Die Schaffung des ersten **Mobilitäts-Service-Punktes** am Wandsbeker Markt begrüßen wir. Die Einrichtung weiterer solcher Angebote in unserem Bezirk, vor allem an den Schnellbahnhaltstellen Wandsbek-Gartenstadt, Farmsen, Rahlstedt und Poppenbüttel wollen wir unterstützen und planerisch begleiten.

Park & Ride

Die Frage nach dem Bau zusätzlicher P+R-Anlagen im Bezirk Wandsbek stellt sich vor allem im Zusammenhang mit dem Bau der S 4. Aber auch notwendige Ausbaumaßnahmen der P+R-Anlagen an der Linie U1 wollen wir insoweit befördern, als dass wir die hierfür notwendigen Flächen für P+R sichern. Die Koalitionspartner unterstützen die bereits begonnene Offensive zur Qualitätssteigerung für bestehende P+R-Anlagen, halten die eingeführte Gebührenpflicht der P+R-Anlagen für vertretbar und setzen sich für eine Evaluation nach einer ausreichenden Erfahrungszeit ein.

E-Mobilität und Carsharing

Die Koalitionspartner sprechen sich für eine Ausweitung der E-Mobilität aus. Bislang sind in Wandsbek nur wenige Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorhanden. Zur Verbesserung dieser Situation setzen wir uns dafür ein, dass für Stellplätze des Bezirksamtes und für andere Örtlichkeiten geprüft wird, inwieweit dort Ladestationen aufgestellt und Nutzern von E-Fahrzeugen zur Verfügung gestellt werden können. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass im Fuhrpark des Bezirksamtes mehr E-Fahrzeuge zum Einsatz kommen.

Die Koalitionspartner befürworten den weiteren Ausbau von Carsharing. Wir setzen uns dafür ein, zu prüfen, ob auf Behördenparkplätzen Carsharing-Stellplätze eingerichtet werden können und von der Bezirksverwaltung anstelle eigener Fahrzeuge zunehmend Carsharing-Fahrzeuge genutzt werden können, wobei hier ein möglichst hoher Anteil an E-Fahrzeugen wünschenswert wäre.

Bürgerbeteiligung im Verkehrsbereich

Wir wollen die frühzeitige Information der Öffentlichkeit bei Bauvorhaben im Bereich des Straßen- und Tiefbaus ausweiten, denn niemand ist von derartigen Vorhaben so stark betroffen wie die unmittelbaren Anwohner.

Die in Wandsbek erfolgreich etablierte Praxis einer frühzeitigen Einbindung von Betroffenen in die Planungen im Rahmen der sog. erstmaligen endgültigen Herstellung von Straßen (EEH) wollen wir fortführen und als Standard für weitere Maßnahmen mit einer Kostenbeteiligung von Anliegern etablieren.

Auch die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Planungen zur Umgestaltung von öffentlichen Flächen wollen wir fortsetzen:

- den aktuell in diesem Sinne begonnenen Planungsprozess für den Ostpreußenplatz wollen wir fortsetzen und so zu einer deutlichen Aufwertung des Quartiers beitragen;
- die gemeinsam mit Bürgern, Vereinen/Verbänden und Verwaltung erarbeitete Planung für den Saseler Markt wollen die Koalitionspartner umsetzen und werden sich entsprechend bemühen, die hierfür benötigten finanziellen und personellen Ressourcen zu akquirieren bzw. einzuplanen.

WIRTSCHAFT

Wandsbek kommt als hamburgischem Wirtschaftsstandort für Großunternehmen wie auch für kleinere und mittlere Unternehmen innerhalb der Metropolregion eine große Bedeutung zu. Der Wirtschaftsstandort Wandsbek soll durch **attraktive und nachhaltige Standortbedingungen** weiterhin gefördert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen.

Wir wollen die **Wirtschaftskraft in den Stadtteilen weiter stärken** und setzen dabei auf einen wirksamen Zentrumschutz für eine funktionierende Nahversorgung. Einzelhandel, Mittelstand und Handwerk haben in der Wandsbeker Koalition weiterhin einen verlässlichen Partner. Einer isolierten Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben „auf der grünen Wiese“ erteilen wir auch weiterhin eine Absage. Wir werden stattdessen durch Aufwertungen und Umgestaltungen von Plätzen - wie in Rahlstedt begonnen und in Sasel geplant - die Stadtteil- und Quartierszentren weiterhin stärken, um die wohnortnahe Versorgung zu erhalten und zu verbessern.

Die Wandsbeker Unternehmen haben im Zentrum für Wirtschaft, Bauen und Umwelt einen **starken Partner auf Verwaltungsseite**, der notwendige Genehmigungsverfahren kundenorientiert und transparent abwickelt. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung weiterhin attraktive und dialogorientierte Instrumente zwischen Wirtschaftstreibenden, Verwaltung und Politik auf den Weg gebracht und verstetigt werden.

Die bestehenden **Wandsbeker Gewerbeflächen** – soweit sie nicht zu kleinteilig gewachsen und für Gewerbe entbehrlich geworden sind – sollen durch bessere Auslastung und Nutzungen optimiert werden. Eine nachhaltige Vernetzung wie z.B. zwischen den Rahlstedter Gewerbegebieten begonnen wird dabei ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Die **Wochenmärkte** sind ein unverzichtbarer Teil der Nahversorgung in den Stadtteilen. Die Wandsbeker Koalition ist sich einig darin, die Angebotsvielfalt der Wandsbeker Wochenmärkte weiter zu erhalten und die Attraktivität zu erhöhen. Eine Privatisierung von städti-

schen Jahr- und Wochenmärkten lehnen wir ab. Privat betriebene Öko-Wochenmärkte und die derzeit privat betriebenen Märkte stellen eine gute Ergänzung des städtischen Wochenmarktangebotes dar.

Innovationsbereiche können helfen, nachhaltige Stärkungen durch den Einsatz privater Mittel in definierten Bereichen zu erreichen. Gibt es hierzu lokale Bestrebungen durch Handel und Eigentümer, wollen wir Politik und Öffentlichkeit frühzeitig an der Planung beteiligen.

KULTUR UND FINANZEN

Wandsbek hat eine lebendige Kulturlandschaft mit vielen Vereinen und Einrichtungen, die sich der kulturellen Arbeit verschrieben haben. Sie sind alle unverzichtbar für die Lebensqualität im Bezirk und die Attraktivität Wandsbeks. Darüber hinaus sind sie alle wesentlicher Bestandteil unserer gemeinsamen Anstrengungen für die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe, der Bildung und der Integration. So sind Stadtteilkulturzentren nicht nur Kulturveranstalter, sondern dienen auch als Treffpunkt für Vereine und Initiativen.

Wir werden die Wandsbeker Kultureinrichtungen und -angebote dabei unterstützen, dass sie sich und ihre Angebote auch über Wandsbek hinaus, z.B. auf dem neuen Termin-Portal von hamburg.de noch stärker präsentieren können.

Die **Kulturinsel** wollen wir auf der Grundlage des vorliegenden Gutachtens realisieren. Wir unterstützen die Initiative für ein **Rahlstedter Kulturzentrum**.

Wir fördern die **kulturelle Vielfalt** und setzen **thematische Schwerpunkte**; d. h. es sollen Projekte unterstützt werden, die u.A. die Kultur- und Bildungsarbeit von Schulen, Vereinen, Initiativen und freien Künstlern vernetzen.

Denkmäler wollen wir als wichtigen Teil der Erinnerungskultur vor Ort im Bestand sichern und wenn nötig aufwerten und/oder ergänzen. Sie werden z.B. durch angemessene historische Informationen ergänzt und erklärt.

Der von der Bürgerschaft zur Unterstützung der Stadtteilarbeit vor Ort geschaffene **Quartiersfonds** muss aus Sicht der Koalitionspartner für den Haushalt 2015/2016 aufgestockt und langfristig ausfinanziert werden. Die nach Einwohnerzahl auf die Bezirke verteilten Mittel müssen den Bezirken frei zur Verfügung stehen, diese Flexibilität wollen wir für unsere kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Auch Belange der Jugendarbeit oder der Stadtteilbeiräte können und sollen in diesem Rahmen Berücksichtigung finden.

VERFAHRENSFRAGEN

Die Koalitionspartner sind der Auffassung, dass die **Bezirksamtsleitung** sich in den vergangenen drei Jahren bei der politischen und verwaltenden Aufgabe der Führung des Bezirksamtes bewährt hat. Sie vereinbaren deshalb die Wiederwahl des Bezirksamtsleiters, Thomas Ritzenhoff, nach Ablauf seiner Amtszeit. Für den Fall, dass dieser nicht mehr zur Verfügung steht, liegt das Vorschlagsrecht für den oder die gemeinsame/n Kandidaten/in für eine neue Bezirksamtsleitung bei der SPD.

Alle in dieser Vereinbarung nicht geregelten Angelegenheiten werden von den Fraktionen gemeinsam besprochen und entschieden.

In der Bezirksversammlung werden die Partner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Die freie Gewissensentscheidung der/des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.

Anträge einer Fraktion werden dem Partner in der Regel fünf Tage vor Einbringung zur Beratung zugeleitet. Anträge, die nicht die Zustimmung des anderen Partners finden, werden zunächst nicht eingebracht, es soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Sollte ein Antrag inhaltsgleich von einer Oppositionsfraktion gestellt werden, wird Einvernehmen hinsichtlich des Vorgehens hergestellt. Dies gilt für alle Fach- (einschließlich Jugendhilfeausschuss), Regional- und Bauprüfausschüsse.

Unter Beachtung der gemeinsamen Zielsetzung, den Wohnungsbau in Wandsbek zu fördern, werden die Mitglieder in den regionalen Bauprüfausschüssen eine gemeinsame Linie vertreten. Die Abstimmung erfolgt durch die Fachsprecher vor der Sitzung des Bauprüfausschusses.

Beide Partner werden darauf hinwirken, dass die gemeinsame Wandsbeker Politik auf Landesebene Bestand hat.

Bei Entscheidungen über Grundstücksangelegenheiten in Wandsbek in der Kommission für Bodenordnung (KfB) soll Einvernehmen zwischen den von den Fraktionen benannten Vertretern hergestellt werden. Ist dies nicht möglich, wird Vertagung beantragt. Ist dies auch nicht möglich, enthält sich das stimmberechtigte Mitglied.

Zur Erörterung eventuell auftretender Meinungsverschiedenheiten wird ein paritätisch besetzter Koalitionsausschuss gebildet, dem zumindest die Fraktionsvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden der Parteien angehören. Der Koalitionsausschuss wird auf Antrag einer/s Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien zusammentreten.

=====

Für die Sozialdemokratische
Partei Deutschlands (SPD)
Kreis Wandsbek

Für Bündnis 90 / Die Grünen
(Grüne)
Kreisverband Wandsbek

Karl Schwinke
Kreisvorsitzender

Harry von Borstel
Kreisvorsitzender

Anja Quast
Fraktionsvorsitzende

Dennis Paustian-Döscher
Fraktionsvorsitzender